

## Keine Verhandlungen mit Terroristen! – Oder doch?

Kürzlich besuchte ich eine internationale Konferenz. Da ging es um politischen Einbezug als Schlüssel zur Vorbeugung von gewalttätigem Extremismus. Expertinnen, Analysten und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft erläuterten ihre Erfahrungen aus ganz unterschiedlichen Konfliktsituationen, vornehmlich aus Nord- und Mittelafrika sowie dem arabischen Kulturraum. So unterschiedlich die jeweiligen Konfliktfelder auch waren, eine Erkenntnis scheinen alle gemeinsam zu haben: Das aktive Ausschliessen von Individuen oder ganzer Gruppen sowie das subjektive Gefühl, ausgeschlossen zu sein, fördert Extremismus und Gewaltbereitschaft. Für die Lösung von Konflikten wie auch für die Vorbeugung vor Konflikten kann es daher nur eines geben: Alle Interessensgruppen, alle Akteure und alle in irgendeiner Weise direkt oder indirekt Betroffenen müssen einbezogen werden. Dabei sollte auch die Scheu vor ideologischen und religiösen Grenzen abgelegt werden. Ein Dialog muss grundsätzlich mit allen geführt werden. Ja, man führe auch Gespräche mit Vertretern von extremistischen Gruppen, wie Boko Haram, al-Qaida und anderen, war zu hören. Das klingt nun ganz anders als wie noch vor fünfzehn Jahren, als die USA und ihre Gefolgsnationen den "Krieg gegen den Terrorismus" ausriefen und sich alle einig waren, "mit Terroristen verhandelt man nicht!"

Woher kommt nun also diese Kehrtwende? Zum einen aus der Tatsache, dass all die Kriege seit 2002 nicht zu mehr Sicherheit, nicht zu mehr Frieden, Freiheit und Demokratie geführt haben, sondern im Gegenteil zu mehr Unsicherheit, mehr Konflikten führten und mehr Gewalt hervorgebracht haben – und das weltweit. Zum anderen wissen wir heute: Kein Mensch wird als Extremist geboren. Es sind bestimmte Umstände, die ihn erst dazu machen. Der Ausschluss von politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Teilhabe sind die wesentlichen Faktoren, die zu Extremismus führen. Was hier an wichtigen Erkenntnissen von Menschen, die seit Jahrzehnten in Konfliktgebieten tätig sind, zusammengetragen wurde, muss nun auch zu den politischen Entscheidungsträgern durchdringen. Nicht nur auf internationaler und nationaler Ebene, sondern ganz direkt auch in unseren Gemeinden und Quartieren. Die Ausgrenzung von Menschen, egal aufgrund welcher Merkmale, fordert früher oder später ihren Tribut, weil sie unseren existenziellen menschlichen Bedürfnissen nach Zugehörigkeit, Zuwendung, Anerkennung, Mitsprache – kurz unserer sozialen Natur zuwiderläuft.

Jeder und jede von uns kennt das Gefühl, ausgeschlossen zu sein. Und jeder und jede hat auch schon andere ausgeschlossen. Diese Erfahrungen, richtig reflektiert, machen uns alle selbst zu Expertinnen und Experten für die Vorbeugung von Extremismus.

*Erschienen als Kolumne im Bieler Tagblatt im Mai 2017*

© Amira Hafner-Al Jabaji 2017